

DEKLARATION DER VERTRETER DES LETTISCHEN VOLKES VOM 11. FEBRUAR 1918

Wir, die bevollmächtigten Vertreter des lettischen Volkes und überhaupt des ganzen Gebietes Lettlands, das von deutschen Truppen nicht besetzt ist, erheben hiermit kategorischen Protest gegen die Erklärung der österreichisch-deutschen Friedensdelegation bezüglich des Wunsches der Bevölkerung Kurlands und der Stadt Riga, von Rußland abgetrennt zu werden.

Alle Parteien lettischer Nationalität ohne Ausnahme verlangen einmütig die Einheit des lettischen Volkes und sprechen sich gegen seine Teilung aus.

Der Hauptteil der 2 Millionen lettischer Bevölkerung lebt in Livland mit der Hauptstadt Riga. Ferner wohnten vor dem Kriege etwa 500 000 Letten in Kurland, von denen nach Abzug der Flüchtlinge und der zum Kriegsdienst Einberufenen höchstens 200 000 an Ort und Stelle verblieben sind. Schließlich werden 3 Kreise des Gouvernements Witebsk von etwa 400 000 Letten bewohnt. Die Selbstbestimmung des lettischen Volkes muß aufgefaßt werden als der gemeinsame Wille dieser Teile mit Einschluß der ganzen Bevölkerung, welche freiwillig oder zwangsweise infolge der Umstände der Kriegszeit ihr Vaterland verlassen haben.

Herr Staatssekretär v. Kühlmann hat in der Sitzung am 12. Januar d. J. erklärt: „Die Völker, die an den Grenzen des früheren russischen Reiches leben, haben bereits in einer für uns maßgebenden Form ihren Willen geäußert, Nationen zu bilden.“ Und Herr General Hoffmann hat dies mit den Worten formuliert: „Die Völker der von uns besetzten Gebiete haben klar und unzweideutig ihren Wunsch geäußert, von Rußland abgetrennt zu werden.“

Darauf müssen wir antworten, daß unter den lettischen Parteien es keine einzige gibt, welche in ihrem Programm als Ziel die Selbständigkeit Lettlands oder seiner Abtrennung von Rußland aufgestellt hätte. Jedenfalls hat das lettische Volk bis jetzt noch nicht „sich selbst bestimmt“.

Herr General Hoffmann hat als Bestätigung der Willensäußerung des lettischen Volkes bezüglich seiner Selbstbestimmung die Bitte um Schutz angeführt, die an Deutschland gerichtet wurde und vom kurländischen Landtag, „der sich als Vertreter der ganzen Bevölkerung Kurlands bezeichnete“, zum Ausdruck gebracht wurde, und eine ebensolche Bitte um Schutz seitens der Stadtvertretung der Stadt Riga, der Rigaer Kaufmannschaft, der Großen Gilde, der ländlichen Bevölkerung und von 70 Vereinen, ferner seitens der Ritterschaft und der Landgemeinden der Inseln Oesel, Dagö und Moon als von Teilen des estnischen Volkes.

Wir müssen konstatieren, daß in Riga und auf den Inseln Oesel usw. während ihrer Besetzung durch die deutschen Truppen auf Grund der Gesetze vom Jahre 1917 eine neue demokratische Selbstverwaltung bestand auf Grund der gesetzlichen Wahlen, an denen tatsächlich auch die dortige deutsche Bevölkerung teilnahm. Nach einer grundlegenden Bestimmung des internationalen Rechts konnten diese Gesetze bezüglich der Selbstverwaltung während des Krieges nicht abgeändert werden. Aber statt die neue Stadtvertretung der Stadt Riga zu befragen, haben die deutschen Militärbehörden die alte, abgesetzte und ungesetzliche Selbstverwaltung wieder eingesetzt. In der Stadt selbst war

weniger als die Hälfte der normalen Einwohnerzahl zurückgeblieben. Die Presse ist unterdrückt, und eine Versammlungsfreiheit besteht nicht. Unter solchen Bedingungen der militärischen Besetzung kann natürlich von einer freien Willensäußerung nicht die Rede sein, ganz abgesehen davon, daß eine Bitte um Schutz nicht mit einem Entschluß bezüglich der Selbstbestimmung identifiziert werden kann. Die während der Okkupation und nicht auf der Grundlage demokratischer Wahlen gebildete Berufsvertretung des besetzten Teiles und nicht ganz Kurlands, die „sich selbst als Vertretung der ganzen Bevölkerung bezeichnet“, bringt in Wahrheit nicht die Ansichten der ganzen lettischen Bevölkerung Kurlands und der Stadt Riga zum Ausdruck.

Bei den städtischen Wahlen erhielt die sozialdemokratische Partei Lettlands die größte Anzahl von Stimmen (49 Sitze von 120). Bei den allgemeinen Wahlen zum Semstworat Livlands im August 1917 vereinigte sie zwei Drittel, bei den Wahlen zur konstituierenden Versammlung sogar 80% aller Stimmen auf sich. Schließlich bringen die lettischen Flüchtlinge aus Kurland ihren Willen durch die Vermittlung ihrer Moskauer Organisation zum Ausdruck, daher können wir im Namen der ganzen Bevölkerung Lettlands sprechen. Was die deutsche Bevölkerung anbetrifft, so hat sie bei den demokratischen Wahlen in der Stadt Riga nur ein Sechstel aller Stimmen erhalten und bildet in ganz Lettland nicht mehr als 7% der gesamten Bevölkerung.

Und so erklären wir im Namen der ungeheuren Mehrheit der lettischen Bevölkerung:

1) Wir verlangen die unbedingte Einheitlichkeit und die ungetrennte Existenz der lettischen Nationalität und

2) wir protestieren in der allerkategorischsten Form gegen die Behauptung der österreichisch-deutschen Delegation, daß die Bevölkerung Lettlands oder eines Teiles desselben (Kurland und Riga) angeblich den Wunsch geäußert hat, von Rußland abgetrennt zu werden. Wir verlangen, daß sowohl die deutschen wie die russischen Truppen aus Lettland weggeführt werden, um danach der gesamten Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, sich frei selbst zu bestimmen, wobei wir finden, daß die Vertreter Deutschlands und Österreich-Ungarns nichts gegen einen derartigen Versuch einwenden können, wenn sie tatsächlich glauben, daß die Mehrheit der Bevölkerung wünscht, von Rußland abgetrennt zu werden oder sogar dem Deutschen Reiche beizutreten.

Die russische Regierung hat sich bereit erklärt, die Forderung der unverzüglichen Fortführung der Truppen zu erfüllen, und dasselbe verlangen wir von Deutschland.

Das ist die Forderung des lettischen Proletariats und von 80% der gesamten Bevölkerung ganz Lettlands; was die Zweifel der deutsch-österreichischen Delegation bezüglich der vorgeschlagenen Frage der Selbstbestimmung wegen der Abstimmung der analphabetischen Massen der Bevölkerung anbetrifft, so können wir darauf nur eins antworten:

Unter der lettischen Bevölkerung gibt es keine Analphabeten. Auf Grund der obigen Ausführungen schließen wir uns vollständig der Deklaration der Delegation des Rates der Volkskommissare der russischen Republik an.

Im Namen des Zentralkomitees der Sozialdemokratie Lettlands.

P. Stučka

Im Namen des Rates der Arbeiter, Landlosen- und Soldaten-Deputierten Lettlands:
der Vorsitzende des „Iskolat“ Fr. Rosin.

Im Namen der Moskauer Organisation der kurländischen Flüchtlinge P. Dauge.

Im Namen der vereinigten lettischen Schützenregimenter (Iskolastrel) K. Peterson.

[Quelle: Der Friede von Brest-Litowsk (= Quellen zur Geschichte des Parlamentarismus
und der politischen Parteien, Bd.8), Düsseldorf 1971, S.549-551.]